



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale**

Der Landtag wolle beschließen:

Online-Buchungsportale für Ferienunterkünfte bieten große Chancen, den Tourismusstandort Schleswig-Holstein weiter zu stärken. Sie ermöglichen den unterschiedlichsten Anbietern von Unterkünften, ihre Angebote überregional und zielgruppenorientiert zu vermarkten. Die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ist somit ein entscheidender Faktor für den langfristigen Erfolg der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft.

Es bedarf jedoch auch klarer Regeln, um einen fairen Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Anbietern von Ferienunterkünften zu gewährleisten. Vermieter, die Steuern und Abgaben ordnungsgemäß abführen und sich somit nicht zuletzt auch an der Finanzierung der touristischen Infrastruktur beteiligen, dürfen nicht im Wettbewerb benachteiligt sein. Dies ist eine Frage der Steuer- und Abgabengerechtigkeit. Zudem darf es nicht zu einer Zweckentfremdung von Wohnraum für die Vermietung als Ferienunterkünfte kommen, damit sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht weiter verschärft.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für einen klaren Rahmen zur Regulierung der Vermietung von Unterkünften über Buchungsportale im Internet einzusetzen und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Hierzu gehören mindestens folgende Maßnahmen:

1. Eine Stärkung der Steuerverwaltung und der Kommunalverwaltungen bei der Bewältigung der Herausforderungen durch Vermietungen von Ferienunterkünften über Buchungsplattformen, um in jedem Fall eine ordnungsgemäße Abführung von Steuern und Abgaben zu gewährleisten.

Hierzu ist auch auf Bundes- und EU-Ebene der steuerliche Informationsaustausch weiter zu optimieren.

2. Die Nutzerdaten von Portalen, auf denen Privatwohnungen zur Vermietung an Feriengäste angeboten werden, müssen durch die Steuerverwaltung erhoben werden können. Dies kann nach dem Vorbilde Dänemarks über Verträge mit den Betreibern der Portale geschehen. In Betracht kommen sollte ebenfalls eine Registrierungspflicht für die Anbieter von Wohnungen, die diese über ein Buchungsportal vermieten möchten.
3. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Eindämmung der Zweckentfremdung von Wohnraum im Zusammenhang mit der Vermietung über Buchungsportale. Hierzu gehört eine Satzungsermächtigung, die es Städten und Gemeinden ermöglicht, die Vermietung von Wohnraum zu touristischen Zwecken entsprechend der regionalen Gegebenheiten zu regulieren.

Beate Raudies

Regina Poersch

Özlem Ünsal

und Fraktion